

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Russlandtag aufgrund aktueller Ereignisse in der Ukraine absagen

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den für Anfang Oktober geplanten Russlandtag aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine abzusagen und damit ein angemessenes politisches Signal im Hinblick auf die zunehmende Eskalation des Konfliktes unter Beteiligung der russischen Föderation zu setzen.

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Aktuell plant die europäische Union, weitere Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland zu verhängen. Damit soll der politische Handlungsdruck auf Russland erhöht werden, den Ukraine-Konflikt auf einem friedlichen Weg zu lösen. Vor diesem Hintergrund kann Mecklenburg-Vorpommern sich nicht so verhalten, als wären die hier im Land bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zu Russland unabhängig von den aktuellen politischen Ereignissen zu betrachten. Mecklenburg-Vorpommern stellt sich mit der Durchführung des Russlandtages gegen außenpolitische Entscheidungen der Bundesregierung und unterläuft damit die Bemühungen, den Konflikt zu lösen.